
Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 02/07

1. Neuer Bericht über Umsetzung des UN-Aktionsprogramms erschienen

Ein neuer Bericht des Instituts für Abrüstungsforschung der Vereinten Nationen (UNIDIR) informiert darüber, auf welche Weise das UN-Aktionsprogramm seit der ersten Kleinwaffen-Konferenz 2001 umgesetzt wurde. Etwa 600 Millionen US-Dollar seien für Waffenkontrollmaßnahmen investiert worden, deutlich weniger als in anderen Abrüstungsbereichen. Der größte Anteil sei für Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von ehema-

ligen Kämpfern eingeplant worden – dem sogenannten DDR. Der von Kerry Maze und Sarah Parker verfasste Bericht „International Assistance for Implementing the Programme of Action to Prevent, Combat and Eradicate the Illicit Trade in SALW in All Its Aspects: Findings of a Global Survey“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:

http://www.unidir.ch/bdd/fiche-ouvrage.php?ref_ouvrage=92-9045-006-B-en

2. Red Hand Day – Tag gegen den Missbrauch von Kindersoldaten

von Ralf Willinger, Referent Kinderrechte, Schwerpunkt Kinder in gewaltsamen Konflikten (terre des hommes Deutschland e.V.)

Zum fünften Red Hand Day – vor fünf Jahren wurde das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verabschiedet – gab es weltweit und in mehreren deutschen Städten Protestaktionen mit dem Symbol der Roten Hand. Denn immer noch werden weltweit schätzungsweise 250.000 Kinder unter 18 Jahren als Soldaten missbraucht.

In Berlin fand am 12. Februar eine Pressekonferenz der Deutschen Koordination Kindersoldaten und der Aktion Volltreffer statt – dahinter stehen insgesamt 12 Hilfsorganisationen. In deren Namen richtete der Sprecher der Deutschen Koordination Kindersoldaten, Andreas Rister von terre des hommes, einen Appell an die Bundesregierung. Die beiden wesentlichen Punkte waren: 1. die Umsetzung der eine Woche zuvor beschlossenen Pariser

Richtlinien für Prävention und Reintegration von Kindersoldaten in Programmen vor Ort und 2. ein dauerhaftes Bleiberecht für kriegstraumatisierte Flüchtlingskinder, darunter ehemalige Kindersoldaten, in Deutschland. Bisher wird ihnen in der Regel das Asyl verwehrt, sie werden nur geduldet. Die Angst vor der ständig drohenden Abschiebung retraumatisiert die Kinder. China Keitetsi aus Uganda und Senait Mehari aus Eritrea berichteten von ihrer Kindheit als Kindersoldatinnen und unterstützten den Appell. Cherno Jobatey moderierte die Pressekonferenz. Später wurde der Appell und eine gemeinsame Petition mehrerer Organisationen für eine strenge Kontrolle des Kleinwaffenhandels, die über 23.000 Menschen unterschrieben hatten, einem Vertreter des Kanzleramtes übergeben. Die leichten Kleinwaffen können auch Kinder bedienen, dadurch wird der Einsatz von Kindersoldaten an der Waffe erst möglich. Im Kanzleramt wurde den Hilfsorganisationen eine Antwort von Kanzlerin Merkel zugesichert.

Den Appell und weitere Infos finden Sie unter <http://www.tdh.de/kindersoldaten>
Hier gibt es auch als Download (in Englisch) den neuen Kindersoldaten-Newsletter der International Coalition to Stop the Use of Child Soldiers, die in Deutschland von terre des

hommes vertreten wird. Inhalte u.a.: die Verbreitung von Kleinwaffen und deren Einfluss auf den Missbrauch von Kindersoldaten im Kongo sowie Beiträge zum Thema Prävention – wie kann die Rekrutierung von Kindersoldaten verhindert werden.

3. Pax Christi gibt neue Broschüre zum europäischen Rüstungsmarkt heraus

Anfang Februar veröffentlichte die deutsche Sektion von pax christi ein neues IMPULSE-Heft (Nr.13.). In der Broschüre mit dem Titel „Deutsche Rüstungsexporte und Europa“ befasst sich Fabian Sieber, pax christi-Mitglied aus Erfurt, unter anderem mit der geschichtlichen Entwicklung der Rüstungsproduktion in Europa, dem Entstehen der Europäischen Verteidigungsagentur und den aktuellen Schwierigkeiten, Exporte aus europäischen Staaten zu kontrollieren. Er geht dabei auch auf das Thema der

deutschen Kleinwaffenausfuhren ein. Hervorgegangen ist der Text aus dem Seminar „Rüstungsproduktion und -export in der Europäischen Union“, das vom 22.-23.9.2006 in Stuttgart von Ohne Rüstung Leben und pax christi durchgeführt wurde.

Die 28-seitige Broschüre kostet einen Euro. Bestellmöglichkeiten gibt es unter:
<http://www.paxchristi.de/material/material.impulse/index.html>

4. DAKS: Lesung mit Jürgen Grässlin zur Kleinwaffenproblematik

Am Samstag, den 17. Februar 2007 las der Rüstungskritiker und DAKS-Sprecher Jürgen Grässlin in der Tagungsstätte der Evangelischen Diakonissenanstalt Stuttgart aus seinem Buch „Versteck dich, wenn sie schießen! Die wahre Geschichte von Samiira, Hayrettin und einem deutschen Gewehr“. Die Veranstaltung des Fachkreises der Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben war mit 15 TeilnehmerInnen gut besucht.

Grässlin schildert in dem Buch zum einen das Schicksal von Samiira Jama Elmi, deren Mutter im somalischen Bürgerkrieg erschossen wurde. Zum anderen berichtet der Autor über das Leben des türkischen Lehrers Hayrettin Altun, der als engagierter kurdischer Gewerkschafter Folter und Verfolgung ausgesetzt ist.

Beide Biographien und die zahlreichen weiteren Interviews zeigen die Auswirkungen der Kleinwaffenproblematik vor Ort. Denn in beiden Konfliktregionen ist das G3-Schnellfeuergeehr

– hergestellt von der deutschen Rüstungsfirma Heckler & Koch – massenhaft vorhanden. Jürgen Grässlin gibt den Opfern der deutschen Rüstungsexporte mit diesem ergreifenden Buch ein Gesicht und ruft dazu auf, gegen die Globalisierung der sogenannten „Kleinwaffen“ aktiv zu werden.

Das Buch ist leider nicht mehr im Buchhandel erhältlich, doch der gesamte Text lässt sich im Internet nachlesen unter:

http://www.juergengraesslin.com/index.php?seite=versteck_dich.htm

Im aktuell in den Medien viel besprochenen Kinofilm „Blutdiamanten“ sind außerdem G3-Gewehre zu sehen. Weitere Infos zu dem Film gibt es unter:

<http://www3.mdr.de/titel-thesen-temperamente/140107/blooddiamond.html>

Wer ReferentInnen zum Thema Kleinwaffen einladen möchte, kann sich gerne an die DAKS-Koordination wenden (s.u.).

5. BICC: Fotoausstellung zu Milleniumszielen thematisiert auch Kleinwaffen

In Zusammenarbeit mit der Fotoagentur laif hat das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) eine Fotoausstellung entwickelt, die über die Milleniumsziele informiert. Unter dem Titel

„Milleniumsziele 2015 – Global handeln für Armutsbekämpfung, Entwicklung und Frieden“ werden auch die Folgen von Kleinwaffen- und Landmineneinsatz sowie die

Kindersoldatenthematik behandelt. 30 Motive der Ausstellung sowie Texte zu den Abbildungen wurden in einem virtuellen Rundgang im

Internet zugänglich gemacht. Hier kann sich auch informieren, wer die Ausstellung ausleihen will: <http://bicc.de/mdg/index.html>

6. Munitionsrubrik: neue Polizeimunition in Deutschland

von Fabian Sieber und André Maertens

Der Schusswaffengebrauch stellt im Polizeialltag eine Ausnahme dar. Er bildet den Endpunkt einer komplizierten, nicht selten traumatischen Entwicklung. Aber trotz des Ausnahmecharakters, den der Schusswaffengebrauch darstellt, ist die Frage, welche Waffen Polizisten für ihren Dienst zur Verfügung gestellt werden – vor allem nach tödlichen Zwischenfällen – viel diskutiert.

Dabei ist diese Frage eigentlich klar beantwortet, denn erst vor wenigen Jahren wurde die Beschaffung einer neuen Dienstwaffen-Generation beschlossen. Angeschafft wurde inzwischen, je nach Bundesland, entweder die „Universale Selbstladepistole“ (USP) von Heckler & Koch oder die P99 von Walther. Angesichts ihrer langen Haltbarkeit und der Finanzknappheit von Bund und Ländern ist damit zu rechnen, dass es zu diesen Waffen für lange Zeit keine Alternative geben wird. Wenn ein Diskussionspielraum besteht, dann nur bei der verwendeten Munition. Die bisherige „Polizeieinsatzpatrone“ (PEP) verfügte über ein relativ schweres Geschoss (8 g) aus Weichmetall (Blei oder Ähnliches), das vollständig von einem Hartmetall-Mantel (Kupfer oder Ähnliches) umschlossen war. Dies ist das klassische „Full Metall Jacket“-Geschoss, das als Namensgeber eines Hollywood-Films einige Bekanntheit erlangt hat. Berühmt und berüchtigt ist aber auch dessen hohe Reichweite und die „Durchschlagsleistung“. Ein (ungeschützter) menschlicher Körper stellt für solche Munition kein wirkliches Hindernis dar.

Aus diesem Grund wird seit den 1970er Jahren die Frage gestellt, ob solche Munition den Anforderungen des Polizeialltags gerecht wird. Angefragt wird dabei einerseits die „Aufhaltefähigkeit“ und „Mannstoppwirkung“, also ihre Fähigkeit, einen Getroffenen rasch zu paralysieren. Andererseits aber auch die Gefahr, die von dieser Munition für Dritte ausgeht. Verhindert werden sollen Situationen, wie sie sich im Rahmen eines Polizeieinsatzes in München im November 1998 ereigneten: Ein alkoholisierter randalierender Mann widersetzte

sich seiner Festnahme und griff die um Hilfe gerufenen Polizisten an. Es kam zum Schusswaffengebrauch. Er wurde tödlich getroffen. Die Kugel durchschlug seinen Körper und tötete seinen hinter ihm stehenden Bruder (vgl. Süddeutsche Zeitung 30.11.1998).

Als „Lösung“ wurde sogenannte Deformationsmunition benannt. Im Gegensatz zu den bisher verwendeten Geschossen ist ihre Spitze nicht vollständig von einem Mantel umschlossen: In ihr befindet sich ein kleines Loch, das von einer nagel- oder einer ballförmigen Kappe verdeckt ist. Diese Konstruktion führt dazu, dass sich das Geschoss verformt, wenn Druck auf die Spitze ausgeübt wird. Also wenn es trifft.

Problematisch an dieser Munition ist, dass sie nicht nur besser „aufhält“ und weniger Durchschüsse „produziert“, sondern dies dadurch erreicht, dass sie größere Verletzungen verursacht als die normale Vollmantelmunition. Denn je mehr Energie ein Geschoss an den menschlichen Körper abgibt, umso größer ist die Verletzung, die es verursacht. Und umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Getroffene an seinen Verletzungen stirbt. Deformationsgeschosse geben in der Regel ihre vollständige Energie an einen Getroffenen ab.

Aus diesem Grund war Herstellung und Besitz solcher Munition bisher in Deutschland verboten. Die Innenministerkonferenz beschloss trotzdem im November 1999 die Technische Richtlinie „Patrone 9 mm x 19, schadstoffreduziert“, in der die Entwicklung von Munition mit Deformationsgeschossen projektiert wurde. Als Reaktion darauf erfuhr das Waffengesetz an diesem Punkt eine Änderung (wirksam zum 1.4.2003). Momentan gibt es zwei Geschosse, die für einen Einsatz bei der Polizei in Frage kommen: Das „Quick Defense“-Geschoss der Firma MEN und das (laut Herstellerangaben in den meisten Bundesländern verwendete) „Action 4“-Geschoss der schweizerischen Firma RUAG. Doch ist solche Munition wirklich die Antwort auf jeweils singuläre Ausnahmesituationen? Es fällt auf, dass gerade in der Schweiz momentan ein anderer Weg gegangen wird. Dort soll, mit Beschluss des Bundesrates vom 21.9.2001,

Deformationsmunition nicht im normalen Dienstalltag verwendet werden. Eben weil die Verletzungen, die ein getroffener Verdächtiger davonträgt, als unverhältnismäßig zum erhofften

Nutzen angesehen werden.

Deutsche Polizisten setzen heute also Munition ein, die in der Schweiz, wo sie hergestellt wird, als unverhältnismäßig grausam angesehen wird.

7. Westafrika: ECOWAS-Kleinwaffenkonferenz erfolgreich

Etwa 150 westafrikanische Staatsvertreter und Angehörige der Zivilgesellschaft haben sich bei einer fünftägigen Konferenz im ghanaischen Accra auf einen Maßnahmenkatalog zur Kleinwaffenkontrolle geeinigt. Das Fünfjahresprogramm (ECOSAP) soll den nationalen Kommissionen Hilfe bei Ausbildung und Finanzierung sowie logistische Unterstützung geben. Bereits im vergangenen Juni hatten die Staatshäupter der ECOWAS-Staaten (Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten) ein Abkommen zur Reduzierung von Kleinwaffengewalt unterzeichnet, das allerdings bisher nur von Niger ratifiziert wurde.

Conmany Wesseh, Vorsitzender der Nationalen

Kommission Liberias zu Kleinwaffen, wird in dem Bericht zitiert, dass die in Westafrika vorhandenen Schusswaffen vor allem aus Ländern Europas, Amerikas oder Asiens kommen würden und eben nur selten in der betroffenen Region selbst hergestellt würden. Da die Grenzen offen seien, gelangten die Waffen dann leicht in die Konfliktgebiete. Verschärfend käme hinzu, dass viele der jungen Menschen ohne Arbeit und angesichts der Macht, die von den Kleinwaffen ausgehe, in einer gefährdeten Lage seien.

Weitere Informationen gibt es unter:

<http://www.voanews.com/english/2007-02-18-voa12.cfm>

8. Leserbrief zum Artikel „Pulitzer-Preis“ im Kleinwaffen-Newsletter 12/2006

Dieser Leserbrief von Dr. Harald Möller (Berlin) bezieht sich auf den Artikel „Pulitzer-Preis für Foto von Hinrichtungen mit G3-Gewehren“ aus der Dezember-Ausgabe des Kleinwaffen-Newsletters (S. 2). Der darin angesprochene Vertrag vom 11.9.1966 einschließlich der kritisierten Reexportklausel ist abgedruckt in: Harald Möller, 2006, Waffen für Iran und Irak. Deutsche Rüstungsexporte und ihre Querverbindungen zu den ABC-Waffenprogrammen beider Länder. Ursachen, Hintergründe, Folgen, Berlin, S. 390-393. Archivalien und Originale finden sich in: PAA, B-57-569.

Der Einsatz von Gewehren des Typs G-3 durch iranische Streitkräfte führt auf einen Vertrag zurück, der am 11.9.1966 (nicht 1967) zwischen der Bundesregierung und der Regierung des Iran geschlossen wurde. Dieser Vertrag sah vor, dass die Bundesregierung Hilfe beim Ausbau des kaiserlich-iranischen Arsenal (in der Nähe von Teheran) leisten sollte, für den Iran einen Auftrag im Werte von 45 Millionen DM an die bundesdeutsche Firma Fritz Werner vergeben hatte. Die anvisierte Hilfestellung der Bundesregierung bestand in der Lieferung von 10.000 Gewehren des Typs G-3 und 1.000 Maschinengewehren des Typs MG-1.

Außerdem sollte die Bundesregierung Iran unentgeltlich die Nachbaurechte für das G-3 überlassen. In der Folgezeit entwickelte sich das G-3 zur Hauptschützenwaffe der iranischen Streitkräfte, das heute wahrscheinlich in mehreren hunderttausend bis einigen Millionen Exemplaren im Iran vorhanden ist und auch eifrig exportiert wird, unter anderem in den Sudan und nach Sri Lanka. Eingesetzt wurde diese Waffe von Seiten Irans vor allem in den Kriegen mit dem Irak und in den Auseinandersetzungen mit den Kurden.

Hierüber gibt es eine Fotoserie des iranischen Fotografen Jahangir Razmi, der die Hinrichtung von elf iranischen Kurden im August 1979 auf etwa 70 Bildern festgehalten hat, von denen 28 seit kurzem über das Internet verbreitet werden. Die Kurden waren von dem iranischen Richter Sadegh Khalkhali (1927-2003) in einem extrem kurzen Verfahren wegen „Korruption auf Erden“ (ein damaliger Standardvorwurf gegen politisch Oppositionelle) zum Tode verurteilt worden, ohne dass sie ein faires Gerichtsverfahren mit ausführlicher Würdigung der von Polizei und Justiz erhobenen Vorwürfe und angemessener Verteidigung erhalten hatten. Razmis Fotos – für eines erhielt er 1980 anonym

den Pulitzerpreis – kann man deutlich entnehmen, dass für die Hinrichtung Gewehre des Typs G-3 verwendet wurden. Außerdem wurde einigen der nicht sofort Toten durch den Leibwächter Khalkhalis mit einer Pistole in den Kopf geschossen.

Dass die damaligen und die heutigen Bundesregierungen sich nicht zum „Missbrauch“ dieser „ihrer“ Waffen und Lizenz durch den Iran äußer(te)n, dürfte neben exportpolitischen Rücksichtnahmen vor allem auf zwei „Schwachstellen“ des oben angeführten Vertrages zurückzuführen sein. Dieser enthält nämlich eine ausgesprochen schwammige Reexportklausel, die

wie folgt lautet: „Die Kaiserlich-Iranische Regierung verwendet die gelieferten Waffen und die gelieferte Munition nur innerhalb der iranischen Streitkräfte.“ Sollte sich die Bundesregierung gegenüber Iran auf diese Klausel berufen, könnte von iranischer Seite zurückgefragt werden, was sie mit der kaiserlich-iranischen Regierung zu tun habe. Außerdem enthält der Vertrag keine Aussage darüber, ob Iran die in Lizenz gefertigten Waffen anders nutzen, also zum Beispiel exportieren darf und ob es für den Reexport Vorbehalte der Bundesregierung gibt.

Harald Möller

9. Irak: Österreichische Gewehre gefunden

Britischen Medienberichten zufolge hat die US-Armee bei Razzien in Bagdad etwa 100 österreichische Scharfschützengewehre des Typs Steyr HS .50 gefunden, die 2004 ursprünglich an eine iranische Anti-Drogen-Spezialeinheit geliefert worden waren. Die US-Armee gab an, dass ein US-Offizier durch ein solches Gewehr erschossen worden sei.

Von Seiten der Herstellerfirma Steyr-Mannlicher wurde auf ein Endverbraucherzertifikat hingewiesen, das einen Re-Export der Gewehre ausschließt. Miteigentümer Franz Holzschuh betonte außerdem, dass die Lizenzen für die Waffen seit Jahren ausgelaufen seien und das Gewehr überall auf der Welt nachgebaut werden könne. Amnesty International und österreichische Oppositionspolitiker hatten dieses Waffengeschäft in den vergangenen Jahren kritisiert.

Mehr dazu findet sich in einem Spiegel-Bericht unter:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,466170,00.html>

Die Regierung in Washington hatte bereits in der Vergangenheit Vorwürfe gegen den Iran erhoben, Kleinwaffen an schiitische Aufständische im Irak weitergegeben zu haben. So sollen mindestens 170 US-Soldaten von Panzerfäusten und Mörsergranaten getötet worden sein, die aus iranischen Lieferungen an Extremisten stammen sollen. Siehe dazu unter:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,465724,00.html>

Letztlich müssen diese Meldungen auch vor dem Hintergrund der diplomatischen Krise zwischen Iran und den USA gesehen werden, die in einen Krieg zu eskalieren droht.

10. Konferenz zu Streumunition: ein internationales Verbot scheint möglich

In einer Pressemitteilung informierte das Aktionsbündnis Landmine.de über den Ausgang der Osloer Konferenz zu Streumunition. 49 Staaten seien bereit, Verhandlungen über ein Verbot von Streubomben aufzunehmen. Gleichzeitig zeigten sich die im Aktionsbündnis zusammengeschlossenen Nichtregierungsorganisationen aber besorgt über die Unverbindlichkeit der Abschlusserklärung, da sich erst im Laufe der anstehenden Verhandlungen herausstellen werde, wie ernst es die Teilnehmerstaaten meinten. Zudem haben die wichtigsten Produzenten von Streubomben – die

USA, China, Russland und Israel – an der Sitzung nicht teilgenommen.

Viele Staaten teilten die Auffassung Deutschlands, dass Streumunition, die wenige Blindgänger verursache, akzeptabel sei. Dem hielt François De Keersmaecker (Handicap International Deutschland) entgegen, dass es angesichts der Situation z.B. im Libanon absolut inakzeptabel sei, zwischen ungefährlicher und gefährlicher Streumunition zu unterscheiden. Eine weltweite Studie von Handicap International habe kürzlich die verheerenden humanitären Folgen von Streumunition

eindeutig belegt: 98% der Opfer von Streumunition seien Zivilisten, davon 27% Kinder. Weitere Infos gibt es unter: <http://www.landmine.de/de.titel/index.html>

Spiegel Online hatte ebenfalls über die Konferenz berichtet: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,468395,00.html>

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: rib.freiburg@gmx.de
Web: www.rib-ev.de/daks

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Velbert
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ...sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: André Maertens.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ und



**Friedenszentrum
Braunschweig**

